

Festrede zum 75. Jubiläum des Landtags von Niedersachsen

Es gilt das gesprochene Wort

Für wen machen wir das hier eigentlich?

Fragen und Antworten zur Zukunft der parlamentarischen Demokratie

Von Heribert Prantl

Der Landtag in Hannover ist 75 Jahre alt; aber der Geist, der in diesem Landtag herrscht oder jedenfalls herrschen soll - der ist viel älter; er ist 185 Jahre alt. Es ist **der Geist der Göttinger Sieben**, es ist der Geist der sieben Göttinger Professoren, die es mit Kant und dessen Forderung gehalten habe: „Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik dem Recht angepasst werden“. Das ist die politische Grammatik, die für ein demokratisches Parlament gilt. Das ist die Losung, das ist das Motto zum Jubiläum.

Die sieben Professoren, es waren die glorreichen sieben von 41 ordentlichen Göttinger Professoren, verweigerten im Jahr 1837 dem neuen König Ernst August den Huldigungseid, weil dieser, gleich nachdem ihm das Königsreich Hannover zugefallen war, die damals geltende, 1833 ausgehandelte liberale Verfassung aufgehoben hatte; diese Verfassung hatte aus einer absolutistischen eine konstitutionelle Monarchie gemacht. Das passte dem neuen König nicht. Er hob sie mit einem Federstrich auf. Das war ein Willkürakt, das war ein Verfassungsverstoß. Und er rechnete damit, dass es sich weder die Beamten noch die Professoren leisten könnten, gegen den Willkürakt zu protestieren. Das sprach er sehr klar aus: „Acht Husaren sind mehr wert

als die ganz Georgia Augustana“. Aber er hatte sich getäuscht. Er hatte den Mut, er hatte die Zivilcourage der glorreichen Sieben unterschätzt. Sie wussten und sie richteten sich danach: „Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik dem Recht angepasst werden“.

Diesen Satz, so denke ich es mir bisweilen, wenn ich nach Hannover komme und aus dem Hauptbahnhof auf den Vorplatz trete, diesen Satz sollte man eigentlich auf den Sockel des dort aufgestellten Reiterstandbilds sprayen. Es ist das Ernst-August-Denkmal, also das Denkmal für den Monarchen, der vor 185 Jahren die sieben Professoren in die Wüste geschickt hat. **„Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik dem Recht angepasst werden“ – das ist der Gegen-Satz gegen monarchisches Gehabe und Autokratie, das ist der Widerspruch zur autokratischen und selbtherrlichen Herrschaft.**

Jacob Grimm war einer dieser Göttinger Sieben, die der König Ernst August hämisch dem „Federvieh der Tintenklecker“ zugerechnet hat. Dieser Jacob Grimm saß dann ein Jahrzehnt später, im Paulskirchenparlament zu Frankfurt, auf dem Ehrenplatz: in der ersten Reihe, im Mittelgang, auf einem gesonderten Sitz, unmittelbar gegenüber der Rednertribüne und dem Präsidium. Dort hat er 1848 den bekenntnishaften Vorschlag gemacht, den künftigen „Grundrechten des deutschen Volkes“ folgenden ersten, wunderbar farbigen, kräftigen poetischen Artikel voranzustellen: „Alle Deutschen sind frei, und **deutscher Boden duldet keine Knechtschaft.** Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei“. Mich macht dieser Satz so stolz, stolz auf die Anfänge der deutschen Demokratie.

Wäre dieser Antrag nicht, weil er der Mehrheit zu radikal war, mit 192 gegen 205 Stimmen verworfen worden, und stünde dieser Satz noch heute so im Grundgesetz – es hätte in der Bundesrepublik keine so schändliche Ausländer- und Asylpolitik betrieben werden können, wie sie lange betrieben worden ist: „Deutscher Boden duldet keine

Knechtschaft. Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei.“ Das ist ein Satz von einer Strahlkraft, wie ihn erst hundert Jahre später der Artikel 1 des Grundgesetzes erreicht. Die persönliche Freiheit des Menschen im Grimm’schen Artikel 1 war **das Urgrundrecht**, das heute die Unantastbarkeit der Menschenwürde in Artikel 1 des Grundgesetzes ist. Grimms Satz wäre, leicht abgewandelt, auch ein Satz für eine europäische Verfassung: „Europäischer Boden duldet keine Knechtschaft. Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei“.

Warum erzähle ich Ihnen das? Weil der Geist der Demokratie und des Rechtsstaats, weil der Geist der niedersächsischen Georgia Augustana, weil Freiheit heute wie damals von Autokraten beschimpft, beleidigt und bestraft wird. Die **Autokraten von heute** kennen wir, wir hören und lesen täglich von ihnen in den Nachrichten. Einer der **Autokraten von gestern** steht in Hannover auf dem Bahnhofsvorplatz. Und mit Blick auf die Nachrichten von heute soll man sich beim Vorbeigehen daran denken: „Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik dem Recht angepasst werden“.

Dabei ist das Recht natürlich nichts Statisches, es muss fortentwickelt werden – dafür ist ein Landtag da. Und er muss sich fragen, wie in einer Zeit eines gewachsenen bürgerlichen Selbstbewusstseins die Zukunft der repräsentativen Demokratie aussieht. Mein Zukunftsmotto lautet da: „Alle Macht dem Parlament – und den Bürgerinnen und Bürgern!“ Und mir fällt dazu eine Geschichte aus den Gründungstagen unserer Bundesrepublik ein. Sie handelt von Carlo Schmid und Konrad Adenauer – und ich gestehe, dass ich von den Gründungsmüttern und Gründungsvätern unseres Landes vor allem diesen Carlo Schmid verehere.

Ich verehere ihn bereits für seine Verdammung von "Mahlzeit" als Mittagsgruß; für ihn war das der schlimmste Gruß seit "Heil Hitler". Ich

verehre Carlo Schmid aber vor allem deshalb, weil er für ein demokratisches Menschenbild steht, aus dem sich Forderungen an die Politik von heute ergeben. Dazu folgende Episode: Als sich Konrad Adenauer und Carlo Schmid am 1. September 1948 kennenlernten, beschloss Adenauer das Gespräch so: "Was uns beide unterscheidet, ist nicht nur das Alter, es ist noch etwas anderes: Sie glauben an den Menschen, ich glaube nicht an ihn, und habe nie an den Menschen geglaubt." Noch nach Jahren hat Adenauer den Sozialdemokraten bei Empfängen in eine Ecke gezogen und gefragt: "Glauben Sie immer noch an den Menschen?" Carlo Schmid tat es; er glaubte an den Menschen.

Eine Demokratie, die nicht an den Menschen glaubt und die Menschen nicht mag, ist keine gute Demokratie. Die Politik darf den Bürger nicht als notwendiges Übel der Demokratie betrachten. Die repräsentative Demokratie braucht daher eine kleine Ergänzung, eine Ergänzung, für die Carlo Schmid als großer Parlamentarier stand - sie braucht **eine Prise direkte Demokratie**. Ich habe es schon immer für gut gehalten, die repräsentative Demokratie durch plebiszitäre Elemente zu ergänzen. Nach 75 Jahren Parlamentarismus in der Bundesrepublik ist die einschlägige Forderung des Grundgesetzes aber immer noch nicht richtig erfüllt: Sie lautet: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen *und Abstimmungen* ... ausgeübt."

Ich weiß: Wenn man **nach den Pegida- und Corona- Erfahrungen** der jüngsten Vergangenheit von "direkter Demokratie" spricht, laufen viele Politikerinnen und Politiker und auch viele meiner Journalisten-Kolleginnen und Kollegen schreiend davon. Ich kann das schon verstehen. Es bleibt einem ja selbst dieses eigentlich so sympathische Wort im Halse stecken. Kann, soll, darf man die Demokratie wirklich der Straße und dem Netz ausliefern - diesen Slogans und diesem Hass, den man da findet? Die Forderung, Volksbegehren, Volksentscheide, **Bürgerbegehren und Plebiszite** auch auf Bundesebene einzuführen und

auf Landesebene zu stärken, hat es daher **kaum je so schwer gehabt wie jetzt**. Soll das, so kann man gewiss fragen, die Zukunft der Demokratie sein? Diese Pöbelei, diese Aggression? Nein, danke. So nicht. Adenauer sähe sich heute durch das Desaster bestätigt, das die Brexit-Abstimmung angerichtet hat. Angerührt hat dort das Ganze freilich nicht eine Volksinitiative, sondern die verantwortungslose Feigheit des damaligen britischen Premiers David Cameron.

Es gilt, beim Thema Plebiszit mit zwei Märchen aufzuräumen. Märchen eins: Die Weimarer Republik sei an ständigen Volksabstimmungen untergegangen. Märchen zwei: Volksabstimmungen hätten stets eine reaktionäre Schlagseite. Beides ist falsch. Erstens: Weimar ist an der Unfähigkeit der Parteien gescheitert und daran, dass es zu wenig mündige Demokraten gab. Nicht Bürger, sondern Parlamentarier haben dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zugestimmt, unter ihnen sogar der spätere Bundespräsident Heuss, von dem der Satz stammt, Plebiszite seien eine Prämie für Demagogen.

Zweitens: Plebiszite gehen nicht immer übel aus. In der Schweiz wurde auf diese Weise der Umweltschutz schon 1971 in die Verfassung geschrieben, in Deutschland erst 1994. Volksabstimmungen sind kein Zaubertrank, sie können auch Gift sein; man muss sich Indikation und Dosierung gut überlegen. Man darf sich nicht von populistischen Extremisten ins Bockshorn jagen und vom Plebiszit ganz abhalten lassen, nur weil die es missbrauchen wollen.

Die Forderung nach Plebisziten auch auf Bundesebene war und ist richtig. Wäre sie vor 25 Jahren, als sie nach der Deutschen Einheit ganz oben auf der politischen Tagesordnung stand, erfüllt worden - das **Gefühl, dass "die da oben eh machen, was sie wollen"** hätte sich nicht

so gefährlich ausbreiten können. Aus einer Politikverdrossenheit, die schon seit Langem grassiert, wäre nicht diese partielle Politikverachtung geworden - die bis in die bürgerliche Mitte reicht. Deutschland braucht keine Hinwendung zu Nationalismus und Radikalismus. Es braucht stattdessen eine Hinwendung der Politik zu den Menschen. **Die Demokratie muss näher hin zum Bürger.**

Nach Corona gilt es, das Reizklima in der Gesellschaft zu überwinden. Es gilt, die ökologisch-soziale Transformation voranzubringen, um die Klimakrise zu bekämpfen. Es gilt, dabei neue Mittel und Methoden der Konfliktbewältigung auszuprobieren – Schlichtung und Mediation zum Beispiel. Es braucht Mediation in und zwischen den Parteien; es braucht auch Mediation in der Gesellschaft, um die Lösung anstehender Großprobleme voranzubringen. Mediation ist das Gegenteil von Machtspielen, auch etwas anderes als das Aussitzen von Konflikten und das Resignieren vor der Wirklichkeit. Das Land braucht eine große Mediation, so dringend vielleicht wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr.

Damals gab es noch nicht einmal das Wort Mediation. Heute gibt es die Methoden und das Bewusstsein dafür. Man kann sich die repräsentative Demokratie und das Rechtssystem in Deutschland **als einen Apfelbaum** vorstellen: schon alt, eigentlich gut gewachsen, knorrig, aber da und dort verdorrt und krankheitsanfällig; nicht jeder ist mit der Fruchtqualität zufrieden. Beim Apfelbaum überlegt der Obstgärtner dann, wie er ihn verbessern kann: Er pfpft dem alten Baum neue Zweige ein, „Edelreiser“ nennt er sie. Wenn er das gut macht, trägt der Baum ein paar Jahre später neue Früchte, die Ernte wird besser. Idealerweise funktionieren Plebiszit, Schlichtung und Mediation auch so: als neue Zweige, als „Umveredelung“ von Recht und Politik.

Dabei bleibt immer das Parlament das Zentrum, es muss das Zentrum bleiben, auch und gerade in Krisenzeiten. **Das Parlament ist der Kern der Demokratie, auch in Krisenzeiten. Es ist der Braintrust des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats, auch und gerade in Krisenzeiten.** Um dieser Rolle gerecht zu werden, braucht ein Parlament Selbstbewusstsein, es braucht **das Selbstbewusstsein der glorreichen Göttinger Sieben.**

Das Parlament darf sich nicht von der Exekutive den Schneid abkaufen lassen – wie das in Krisenzeiten immer wieder geschieht. Euro-Krise, Schulden-Krise, Klima-Krise, Corona-Krise: Es heißt dann immer, dass da durchregiert werden müsse, weil es schnell gehen muss - weil nur die Exekutive schnell handeln könne, weil jetzt Entschlossenheit Trumpf sei. Als das erste Gebot der nationalen und der europäischen Krisenpolitik gilt daher der Satz: Keine Zeit, keine Zeit. Das zweite: Noch schneller noch mehr Milliarden ausgeben. Das dritte: Keine Rücksicht nehmen auf die Parlamente. Das vierte: Erst kommt der Markt, dann kommt der Mensch. Das fünfte: Die alten demokratischen Regeln sind untauglich für das neue Europa. Die Krise sei nun einmal, so heißt es zur Begründung, die Stunde der Exekutive.

Das mag so sein. Das **wird aber zum Problem, wenn die Krise nicht eine Stunde, sondern Monate und Jahre dauert. Was passiert, wenn da die demokratische Potenz vom Parlament weggerückt wird, wenn sie von der Legislative hin zur Exekutive verrückt wird, also zu Regierung und Verwaltung - dann wird die Demokratie verrückt.**

Gewiss: Das Parlament ist der **Ort des Kompromisses**; aber das ist nicht bäh, sondern gut. Deutschland war bis 1945 ein kompromissfeindliches Land; ein politischer Kompromiss galt als Verrat – als Verrat der Ideale,

als Produkt ängstlichen Einknickens und als Ergebnis fehlenden Rückgrats. In der Sprache, manchmal auch im Denken, wirkt das bis heute nach; das Adjektiv „faul“ gehört zum Kompromiss wie der Deckel zum Topf. Der gängigste politische Kompromiss ist daher immer noch der angeblich faule Kompromiss. Dementsprechend meint das Sprichwort: „Lass dich in keinen Kompromiss; du verlierst die Sach’, das ist gewiss.“ Der Kompromiss kompromittiert also, vermeintlich, per se.

Das stimmt nicht. Eine parlamentarische Demokratie lässt sich mit solchem Rigorismus nicht bauen und nicht erhalten. **Der Kompromiss ist in der parlamentarischen Demokratie die vernünftige Art des Interessenausgleichs und des Dissens-Managements;** er lebt von der Achtung gegnerischer Positionen, vom Sinn für gesellschaftlichen Wandel, davon, dass man sich auf anderes einlässt. Er gehört zum Wesen der Demokratie. In der Kompromissfeindlichkeit stecken die Wertungen vergangener autokratischer Zeiten. Die demokratische Gesellschaft wird in Zukunft noch mehr als bisher lernen müssen, ihre Einstellung zum Kompromiss zu verändern – und auch zu den Politikern, die Kompromisse suchen und finden müssen.

Nicht der Politiker ist ein guter Politiker, der den anderen verteufelt, den Gegner einen Lügner nennt und ihm am liebsten an die Gurgel gehen würde. Und nicht diejenige Partei hat Problemlösungskompetenz, welche die simpelsten Lösungen anbietet. Demokratische Politik funktioniert nicht nach dem Rezept Alexanders des Großen, der 333 vor Christus den Gordischen Knoten einfach mit dem Schwert zerschlug. Eine Sehnsucht nach Politikern, die so agieren, ist die Sehnsucht nach dem starken Mann und die Sehnsucht danach, dass die Welt doch bitte weniger komplex und verknotet sein soll, als sie es ist.

Wir kennen die angeblich starken Männer von heute; sie bringen Unglück und Unheil. Ihre Stärke ist Kraftmeierei und besteht darin, die Rechte anderer zu missachten und andere Ansichten als feindliche Ansichten zu betrachten und zu verfolgen. Eine Politik, die à la Alexander agiert, zerhaut die Gesellschaft, missachtet die Individualität, die Unterschiedlichkeit und die Vielfalt der Interessen. Sie erhebt die eigenen Interessen, Vorstellungen und Ansprüche zum Ideal, die man mit Schwertstreichen durchsetzt. Probleme moderner Gesellschaften löst man aber nicht mit einem Streich. Stärke in einer Demokratie sieht anders aus: **Demokratie ist nicht das Zerhauen von Knoten, sondern ein mitunter sehr mühseliges Aufdröseln, ein langes, beharrliches, gemeinsames Zupfen und Ziehen.** Das ist mühselig; aber am Ende sind die Schnürsenkel noch ganz – und brauchbar.

Demokratie muss man lernen, immer wieder, und immer wieder neu. Die griechische Antike nannte den Rückzug ins Private Idiotie, der unpolitische Mensch war der Idiot. Die Parteien, die Verbände, die Bürgerinitiativen, die Vereine – sie sind Schulen in Demokratie, denn das Lernen der Demokratie ist ja learning by doing, Lernen in der Praxis, durch das praktische Tun. Arbeit gehört zum Leben und zum Wesen des Menschen. Deshalb darf die Demokratie auch nicht an den Werkstoren und an den Eingangstüren unserer Büros enden. **Demokratie muss gelernt werden, immer wieder, so früh wie möglich, tagtäglich, ein Leben lang.** Demokratie ist das ständige Nachdenken und Mitreden darüber, wie das Zusammenleben am besten geht. Demokratie funktioniert nicht gut, wenn immer mehr Menschen nicht oder nicht mehr mitmachen, weil sie glauben, man habe ja eh keinen Einfluss, und die Politiker machen ohnehin, was sie wollen. Demokratie funktioniert nur dann gut, wenn die Politikerinnen und Politiker, die gewählt worden sind, im Gespräch bleiben mit denen, die sie gewählt haben – und wenn die Bürger Interesse an diesem Gespräch zeigen.

Demokratie beginnt mit der Übernahme von Verantwortung. Und Verantwortung hat mit Antwort zu tun. Etwas verantworten bedeutet, der Gesellschaft Rechenschaft abzulegen für sein Tun, ihr eine Antwort zu geben: Verantworten heißt antworten. Verantworten heißt: sich von Dritten zur Rechenschaft ziehen zu lassen. Wer behauptet, nur für und vor sich selbst verantwortlich zu sein, handelt daher unverantwortlich.

Zur politischen und gesellschaftlichen Verantwortung gehört also zuallererst die Antwort auf die große Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben?

Wie wäre es mit einer Gesellschaft, die Heimat sein kann für Mensch und Tier? Wie wäre es mit einer Gesellschaft, in der die Natur noch Natur bleiben kann? Wenn die letzten Ausgleichsflächen verschwunden sind, ist es vorbei. Dann ist aus Deutschland ein flächendeckend versiegeltes Gewerbegebiet geworden.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wie wäre es mit einer Gesellschaft, in der sich die **Menschen trotz Unterschieden in Schicksal, Rang, Talenten und Geldbeutel auf gleicher Augenhöhe begegnen** können. Das ist die Voraussetzung für Demokratie. Die besseren Gene hat sich niemand erarbeitet, die bessere Familie, die gesicherten Verhältnisse, in die hineingeboren worden ist, auch nicht. Das Schicksal hat sie ihm zugeteilt. Es teilt ungerecht aus und es gleicht die Ungerechtigkeiten nicht immer aus. Hier hat der Sozialstaat seine Aufgabe. Er sorgt dafür, dass der Mensch reale, nicht nur formale Chancen hat. Der Sozialstaat ist, mit Maß und Ziel, **Schicksalskorrektor**.

Man nennt das **Inklusion**. Inklusion heißt Abbau von Barrieren, Inklusion heißt Zugänglichkeit, natürlich nicht nur zu Gebäuden und Verkehrsmitteln. Inklusion ist ein gesellschaftspolitisches Prinzip.

Gemeint ist die Zugänglichkeit der Gesellschaft insgesamt. Inklusion heißt Anerkennung und Wertschätzung zum Beispiel für Menschen mit Behinderungen. Inklusion heißt Teilhabe. Inklusion heißt: Die Gesellschaft wird nicht dadurch stark, dass man möglichst viele Leute hinausdefiniert und die Hürden möglichst hoch macht für die, die dazu gehören wollen.

Es wäre ein primitives Verständnis von Demokratie, in ihr nur ein statistisches Ritual zu sehen, bei dem man alle paar Jahre seine Stimme in eine Urne wirft. Demokratie ist mehr als Statistik, mehr als eine Abzählerei; sie ist eine **Wertegemeinschaft**. Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Mitglieder achtet und schützt. Mehrheit ist kein Wert für sich, Mehrheit ist nicht unbedingt gleichzusetzen mit Wahrheit, Richtigkeit und Verfassungsmäßigkeit – schon gar nicht für Sozialstaatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Ich bin der festen Überzeugung, dass sich darin, wie unsere Gesellschaft **mit den alten und sehr alten Menschen umgeht, die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet**. Ich glaube nämlich, dass unsere Gesellschaft etwas sehr Wichtiges lernen muss: Sie muss lernen, dass der alte und auch der demente Mensch *ein Mensch* ist, auch wenn er nicht mehr vernünftig ist. Er ist ein Mensch mit Demenz und mit Leib und Seele, Sinnlichkeit, Kreativität und Emotion.

Die Kunst, ich sage bewusst die Kunst, besteht darin, demente Menschen nicht mit Kleinkindern zu vergleichen und wie Kleinkinder zu behandeln, sondern sie als Erwachsene weiter ernst zu nehmen – auch wenn sie vieles nicht mehr können, vieles nicht mehr bewältigen. Das Menschsein kann doch nicht am Lineal von Ökonomie und Leistungsfähigkeit gemessen werden. Das ist meine Vision. Das ist meine Vorstellung von der Zukunft des Sozialstaats, meine Vision von der Zukunft der Gesellschaft.

Kinder sind unsere Zukunft; das Alter aber auch, denn unsere Zukunft ist das Alter. Der Respekt vor den Kindern und der Respekt vor den Alten gehören zusammen; er ist das Band, welches das Leben umspannt.

Eine Demokratie, die mehr sein will als ein Abzählreim, eine Demokratie, die mehr sein will als eine statistische Einheit - eine solche Demokratie braucht also stützende Regeln und Institutionen. Dazu gehört zu allervorderst **der Sozialstaat. Er ist die größte Errungenschaft der europäischen Geschichte.** Wenn der Sozialstaat funktioniert, ist er Heimat für die Menschen. Beschimpfen kann den Sozialstaat nur der, der keine Heimat braucht. Und den Abriss wird nur der verlangen, der in seiner eigenen Villa wohnt. Ob er sich dort noch sehr lange wohl fühlen würde, ist aber fraglich. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat; und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. **Der Sozialstaat ist ein Staat, der Ausgrenzung überwindet.** Das ist die Voraussetzung für Demokratie.

Das Parlament ist der Ort, an dem um all das gerungen wird. Ich wünsche mir, ich wünsche uns allen, ich wünsche unserem Land, dass dieses Ringen im Geist der glorreichen Göttinger Sieben geschieht. Ich wünsche mir, ich wünsche Ihnen, ich wünsche uns zum Jubiläum, dass dieser Geist in diesem Haus Kraft hat und Kraft behält.

Verehrte Festversammlung,

Der römische Dichter Ovid hat einmal gesagt: „Glücklich ist, wer das, was er liebt, auch wagt, mit Mut zu beschützen.“ Wir lieben die Grundrechte, wir lieben das respektvolle Zusammenleben der Menschen aller Religionen und Kulturen, wir lieben die Freiheitsrechte, wir lieben die Pressefreiheit, wir lieben Europa. „Glücklich ist, wer das, was er liebt, auch wagt, mit Mut zu beschützen.“ Gönnen wir uns, gönnen wir uns dieses Glück.

Prof. Dr. Heribert Prantl war 25 Jahre lang Leiter erst des Ressorts Innenpolitik, dann des Ressorts Meinung der Süddeutschen Zeitung sowie viele Jahre Mitglied der Chefredaktion. Heute ist er Kolumnist und Autor der SZ und politischer Publizist.